

**Ursula Bischoff, Sigrun Kabisch, Sabine Linke**

## **Der Einfluß der Braunkohleindustrie auf Struktur und Verhalten der Erwerbsbevölkerung im Landkreis Borna**

### **0. Vorbemerkungen**

Die Situation der Braunkohleindustrie des Landkreises Borna stellte sich Anfang der 1990er Jahre, also kurz nach dem Zusammenbruch der DDR, folgendermaßen dar: Mit der Stilllegung der Karbochemie und der drastischen Senkung der Braunkohleförderung innerhalb weniger Monate begann der rasante Niedergang der Branche, die in den letzten 50 Jahren die Wirtschaft dieser Region dominiert hatte. Bis 1992 war er praktisch vollzogen.

Übrig blieben auf der einen Seite eine in weiten Teilen zerstörte Landschaft, Industriebrachen und kontaminierte Böden; auf der anderen Seite die ehemals in diesem Industriezweig Beschäftigten, deren Qualifikationen in weiten Teilen entwertet waren. Ihre spezifischen Berufserfahrungen wurden auf dem entstehenden Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt.

Dieser Raum hatte seine, in dem historisch kurzen Zeitraum der letzten 100 Jahre erworbene Identität als „Kohlekreis“ verloren.

Die ökologisch überfällige drastische Senkung des Braunkohleabbaus und die Reduzierung der Braunkohleveredlung brachten für die Bewohner der Landkreises zwar die lang erwarteten besseren Umweltbedingungen. Aber auch Arbeitslosigkeit, damit verbunden „geistige Langeweile“ und die Gewißheit, in der Gemeinschaft nicht mehr gebraucht zu werden, stellten sich als neue, prozeßbegleitende individuelle Erfahrungen heraus.

Der Zusammenbruch der Kohleindustrie wurde nicht zeitgleich von einem adäquaten wirtschaftlichen Wandlungsprozeß der Region begleitet. Erhoffte neue Arbeitsplätze in alternativen Wirtschaftsstrukturen sind bisher nur in geringem Umfang entstanden. Somit verbindet sich gegenwärtig für die Betroffenen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes sowohl eine individuelle und als auch eine regionale Perspektivlosigkeit.

Eingebettet in die sich vollziehenden regionalwirtschaftlichen Veränderungen wurde in einem sozialwissenschaftlichen Projekt damit begonnen, Verhaltensstrategien, insbesondere das Arbeitsmarktverhalten der durch die Braunkohleindustrie geprägten Erwerbsbevölkerung, und die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Neuorientierung und individuelle Verarbeitung zu untersuchen (Vgl. 3.).

Vor dem regionsspezifischen wirtschaftlichen Hintergrund mußte dem **beruflichen und räumlichen Mobilitätsverhalten** der Erwerbsbevölkerung eine besondere wissenschaftliche Aufmerksamkeit beigemessen werden. So wurde **hypothetisch formuliert**, daß:

1. berufliche Mobilität infolge der Entwertung der Kohleberufe eine große Bedeutung haben wird, weil die erwartete nachfolgende Arbeitsplatzstruktur andere, neue Qualifikationen verlangen würde;
2. mit dem Wegbrechen der Kohleindustrie, und damit der Existenzgrundlagen eines großen Teils der Bevölkerung, die Bewohner die Region in wachsendem Maße verlassen werden, und somit räumliche Mobilität wesentlich stärker zu registrieren sein wird.

In unseren Betrachtungen gingen wir davon aus, daß sich das **aktuelle Verhalten** aus den **strukturellen Bedingungen** und **subjektiven Voraussetzungen** erklären läßt. Das bedeutet, daß die verbliebene regionale Wirtschaftsstruktur maßgeblich Umfang und Qualität der angebotenen Arbeitsplätze bestimmt, daß darüber hinaus aber zugleich personale Bedingungen wie Alter und Qualifikation Einfluß auf den Erfolg individueller Arbeitsuche haben.

Diese Bedingungen und Voraussetzungen selbst müssen wiederum als etwas Gewordenes betrachtet werden. Aktuelle regionalwirtschaftliche Bedingungen verfügen über eigene Traditionslinien, die eine adäquate Lebenskultur begünstigten.

In diesem Sinne bilden die Ausführungen zur wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Entwicklung der Untersuchungsregion einen Erklärungshintergrund für die unter Punkt 3 dargelegten ausgewählten Untersuchungsergebnisse.

## 1. Die wirtschaftshistorische Entwicklung - vom „Zwibbel-Borne“ zum „Südraum Leipzig“

In der Region Borna überwog bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts eine agrarische Struktur. Daneben waren Kleingewerbe, Handwerk und eine mittelständische, auf den regionalen Markt ausgerichtete, Industrie typisch. Gemüseanbau und Landwirtschaft verliehen der Region den Namen „Zwibbel-Borne“. Erst mit dem Abbau von Kohle im Großtagebau und deren industrieller Verarbeitung vollzog sich der Wandel zum monostrukturierten Industriekreis.

Die erste amtliche Notiz über den Abbau von Kohle in Borna stammt aus dem Jahre 1799. Einige Bauern, Landarbeiter und kleinere Gruben schürften in der Nähe von Borna für den lokalen Absatz und den eigenen Bedarf.

Etwa ab Mitte des 19. Jahrhunderts begann die planmäßige Betreibung privater Werke im Tiefbau. Der Ausbau des Straßennetzes und die Entstehung kapitalkräftiger Gesellschaften ermöglichten eine Ausweitung des Abbaus und des Absatzgebietes. Im Jahre 1863 arbeiteten im „Bornaer Revier“ 20 Tagebaue und 16 unterirdische Gruben. In dieser **ersten Periode bis 1872** hatte das **Wachstum des Bergbaus den agrarischen Charakter der Region kaum beeinflußt.**

Die **zweite Periode** setzte mit dem Anschluß der Stadt Borna an das Eisenbahnnetz 1872 und mit der beginnenden Industrialisierung (Brikettierung und Verarbeitung der Braunkohle zu chemischen Produkten) ein. Während mit der Industrialisierung der Bedarf an Kohle enorm anwuchs, wurden mit dem Anschluß an das Eisenbahnnetz die Märkte zugänglich gemacht. Die Gruben entwickelten sich zu Großbetrieben. Mit der Intention, den brandenburgischen und schlesischen Abbaugebieten als starker Konkurrent gegenüberzutreten zu können, erfolgte um die Jahrhundertwende der **länderübergreifende Zusammenschluß** mehrerer Abbaugebiete der Provinz Sachsen und der Länder Sachsen und Thüringen. Ende des 19. Jahrhunderts wurde ein erster Höhepunkt erreicht und das **Bornaer Revier** mit vier Kleingruben und bereits elf Großbetrieben **zum Mittelpunkt des Abbaus im mitteldeutschen Raum.**

Nach 1920 konzentrierten sich Kohleabbau und Verarbeitung immer mehr in den Händen kapitalkräftiger staatlicher Monopolverbände. Mit dem nunmehr technisch machbaren großräumigen Braunkohleabbau im Tagebaubetrieb (erste Großtage-

baue Zwenkau und Böhlen) war die großtechnische Verwertung der bitumenreichen Kohle (Verstromung, Brikettierung und chemische Verwertung zur Benzin-, Teer- und Phenolherstellung) verbunden. Erst in dieser **dritten Periode zwischen 1920 und 1945** wurde die **Braunkohleindustrie zur größten Wirtschaftsbranche im Landkreis Borna**.

Als wesentlicher Impuls für diese Wirtschaftsentwicklung sind die Autarkiebestrebungen Deutschlands im ersten und während der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges zu werten. Mit der Unterordnung regionaler Interessen unter die Interessen staatlicher Monopole begannen Fremdbestimmung<sup>11</sup> und damit Niedergang der Region.

In der **vierten Periode von 1945 bis 1989** wurde die autarke Wirtschaftspolitik forciert. Die **rücksichtslose Ausbeutung der Naturressourcen** der Region auf der Basis von großräumiger Flächeninanspruchnahme durch den Braunkohlen-großtagebau prägte die Region. Insbesondere die wachsende Diskrepanz zwischen Flächeninanspruchnahme und -rückgabe (1990 ca. 250 km<sup>2</sup> : 145 km<sup>2</sup>) sowie die tagebaubedingte Devastierung von Ortschaften waren sichtbare Zeichen der herrschenden wirtschaftspolitischen Strategie.

Mit Ausgreifen des Kohleabbaus durch die Großtagebaue und ständig steigenden Produktionsziffern in der karbochemischen Industrie und der Energieerzeugung entwickelte sich die Region zu einem wirtschaftlichen Rückgrat der damaligen DDR. Die funktionsräumliche Einordnung der Region in den Verdichtungsraum Halle-Leipzig erfolgte unter dem Namen „**Abbaurevier Südraum Leipzig**“ (Berkner 1990), der zugleich für eine neue Identität der Region stand (Bischoff u.a. 1994).

Die absolute Dominanz der Kohleindustrie führte zu einer erheblichen **Zunahme der Zahl der Industriebeschäftigten**.

---

<sup>11</sup> Fremdbestimmtheit:

- a) Die Gewinne, die durch die Produktion in der Region erzielt wurden, flossen ab und es erfolgte kein ausgleichender Kapital-Input.
- b) Große Flächen wurden enteignet und zu Staatsbesitz (Flächennutzungsplan).
- c) Regionale Interessen wurden den staatlichen Interessen (Autarkiebestrebungen) untergeordnet.

**Tabelle 1: Wirtschaftsstruktur des Kreises Borna nach Sektoren 1907 bis 1989  
(Anteil der Beschäftigten)**

Jahr	Landwirtsch.	Industrie	Dienstleistungen
1907	30,8	44,0	25,2
1920	20,0	55,0	25,0
1955	13,0	68,9	18,1
1961	9,8	67,3	22,2
1975	5,5	68,0	26,5
1981	5,5	69,5	25,0
1989	5,7	73,4	20,7

Quellen: Für 1907 und 1920: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes; 1955-1981: Statistische Taschen- und Jahrbücher Bezirk Leipzig; für 1989: Rudolph 1990;

Die Industrialisierung veränderte die Sektorenstruktur massiv, der industrielle Sektor wurde innerhalb kürzester Zeit zum beherrschenden und war 1989 mit fast drei Viertel der Beschäftigten<sup>12</sup> überproportional vertreten. Dienstleistungssektor, Landwirtschaft und Handwerk spielten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Der Kreis gehörte 1989 zu den drei hochindustrialisierten Kreisen (mehr als 75% der Beschäftigten in der Industrie) innerhalb der DDR. Allein in der **Energie- und Chemiebranche** waren **1989 57,2% der Beschäftigten** tätig (Bischoff/Kabisch 93).

Damit erreichte die Region kurzzeitig eine starke wirtschaftliche Potenz, die mit dem Preis der fremdbestimmten Ausbeutung an Rohstoffen, des Verlustes an landschaftlicher Attraktivität, erheblicher ökologischer Schäden und gesundheitlicher Beeinträchtigungen der in der Region lebenden Menschen bezahlt wurde. Investitionen und Vorsorge für nachfolgende Generationen blieben weitestgehend aus.

<sup>12</sup> DDR-Durchschnitt 1988: 10,8% der Beschäftigten im ersten, **47,1 im zweiten** und 42,1% im dritten Sektor

## 2. Sozialstrukturelle Wandlungen im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung

Im Zuge der Entstehung einer Vielzahl von kleinen Gruben und Tagebauen veränderte sich allmählich die Sozialstruktur des ländlich geprägten Raumes um Borna. Der Auf- und Ausbau der Braunkohleindustrie im großen Stil seit den 20er Jahren beschleunigte die sozialstrukturellen Wandlungen.

**Tabelle 2: Entwicklung der Einwohnerzahlen des Landkreises Borna und ausgewählter Gemeinden**

Jahr	Kreis	Stadt				
	Borna	Borna	Böhlen	Espenh.	Kitzscher	Rötha
1846		4 597		ca. 180		1 726
1895		8 250				2 441
1899*	74 890			215		
1919		9 497	1 017	398	369	3 109
1933*	71 492					
1939	78 125	14 611	4 166	1 120	325	4 980
1945	104 787	17 330	5 632	1 299	3 731	5 613
1955	99 972	17 572	6 943	2 393		5 338
1966	95 303	21 426	7 795		5 559	5 430
1971	96 211	22 131	7 410	1 713	7 006	5 508
1976	92 203	21 947	6 599		8 264	4 821
1985	87 411	23 752	6 955	1 723	7 513	4 502
1989	85 995	23 798	6 873	1 752	8 233	4 759
1991	81 284	22 725	6 517	1 473	7 874	4 382
1992	80 432	22 377	6 446	1 475	8 032	4 249

- Alle Angaben gelten für das jeweilige Gemeindegebiet, die Kreisdaten ab 1933 für das Gebiet des Kreises Borna, wie er von 1953 bis 1994 bestand. Zur Amtshauptmannschaft Borna zählten bis 1953 die Kreise Borna und Geithain.

Quellen: Statistische Jahrbücher für das Königreich Sachsen, Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Statistische Taschenbücher Bezirk Leipzig, Statistische Jahrbücher Bezirk Leipzig, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Die rasche Industrialisierung bewirkte eine **enorme Zuwanderung von Industriearbeitern** in den Landkreis. Die Stadt Borna entwickelte sich aus einer Bürgerstadt mit Verwaltungsfunktionen mit etwa 5.000 Einwohnern (Mitte 19.Jh.) zum Zentrum des Bergbaureviers mit ca. 15.000 Einwohnern (1939). Der Kreis Borna hatte innerhalb zweier Jahrzehnte (1920 bis 1940) einen Bevölkerungszuwachs von 50% zu verzeichnen. Einzelne Orte konnten in diesem Zeitraum eine Vervielfachung ihrer Einwohnerzahl aufweisen (z.B. Kitzscher zwischen 1939 und 1945 eine Verzehnfachung). Ihrer Herkunft nach stammte ein Teil der Zugewanderten aus dem niederschlesischen Braunkohlerevier. Der zahlenmäßig größere Umfang zog jedoch aus den von hoher Arbeitslosigkeit gezeichneten Regionen Sachsens zu. Sie hatten im Gefolge des wirtschaftlichen Niedergangs in den 20er und 30er Jahren ihre Wohnorte verlassen bzw. waren gezielt in die krisensichere und moderne Kohle- und Chemieindustrie des mitteldeutschen Raums abgeworben worden. Damit wurde eine den **regionalen Traditionen fernstehende Bevölkerung** seßhaft.

Eine letzte Zuwanderungswelle gab es infolge der Korrekturwanderungen nach dem zweiten Weltkrieg in den **50er Jahren**.

Neben der Zuwanderung von außen vollzogen sich intraregionale sozialstrukturelle Verschiebungen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der eingesessenen **ländlichen Bevölkerung fand in der örtlichen Industrie Arbeit**. Hohe Einkommen, regelmäßige Arbeitszeit und ein ausgebautes soziales Sicherungssystem waren Merkmale attraktiver Erwerbsmöglichkeiten. Ein Teil der Dörfer verlor in der Folge seinen agrarischen Charakter, aus ihnen wurden **Industriesiedlungen** bzw. **industrielle Kleinstädte**.

Dieser Prozeß wurde nach 1950 durch die Kollektivierung der Landwirtschaft befördert. Die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) führte zur Entstehung von Großblockfluren. Mit der Veränderung der Flurformen wurde der agrarräumliche Strukturzusammenhang der ehemaligen Bauerndörfer aufgelöst.

Mit dem **Bruch in der Arbeitsweise** vollzog sich also in dieser Zeit zugleich ein „**Bevölkerungsaustausch**“. Landarbeiter wurden zum Industrieproletariat bzw. verließen die Region, und neue Arbeitskräfte aus anderen Regionen wanderten zu. Anstelle der gewachsenen sozialen Netze entstand eine neue Gemeinschaft, die in ihren Kennzeichen **eher urban-industrieller als ländlicher Lebensweise** entsprach.

Seit den 60er Jahren ist eine kontinuierliche **Abnahme der Bevölkerung** in der Region insgesamt zu verzeichnen, wenngleich einige Gemeinden durch die Errichtung von Wohnneubaugebieten bzw. Kohleersatzbauten auch weiterhin Zuwächse verzeichnen konnten. Diese **Migrationsverluste** waren durch die nach 1950 massiv betriebenen **27 Orts- und Teilortsverlegungen** ausgelöst und später durch die Verschlechterung der Umwelt- und Arbeitsbedingungen verstärkt worden.

Die Umweltbelastung stieg sprunghaft an und resultierte aus:

- der ständigen Steigerung der Produktion,
- dem gleichzeitigen Verfall der technischen Anlagen und fehlenden Investitionen,
- dem steigenden Schwefel-Gehalt der zu verarbeitenden Braunkohle,
- dem sich verschlechternden Kohle-Abraum-Verhältnis.

Aufgrund dieser Bedingungen reduzierte sich der Landkreis Borna für den überwiegenden Teil der in diesen Jahrzehnten zugezogenen Arbeitnehmer auf eine **Wirtschaftsregion mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten und relativ geringen Qualifikationsansprüchen**. Hoch Qualifizierte, aber auch Facharbeiter wanderten dagegen mit ihren Familien seit den 60er Jahren zunehmend ab.

Die zu Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs 1989 zu verzeichnende Sozialstruktur war somit im wesentlichen aus folgenden Bedingungen hervorgegangen:

1. Die bereits im **Flächennutzungsplan** des Jahres **1928** vorgenommene Festschreibung der Flächen für den Kohleabbau führte dazu, daß die Entwicklung von traditionellem Gewerbe des Klein- und Mittelstandes behindert und Neuansiedelungen verhindert wurden.



2. Im Landkreis Borna vollzogen sich seit den 20er Jahren andauernde **Veränderungen** in der Struktur der Erwerbsbevölkerung. Bis 1950 fand mit der quantitativen Zunahme der Bevölkerung ein „Berufsaustausch“ statt, seitdem veränderten die Migrationsverluste und die zunehmend **geringere Qualifikation** der Erwerbstätigen die Struktur.
3. Ursprünglich stellte die Kohlechemie eine moderne **Hochlohnbranche** dar, deren Beschäftigten **Sonderrechte** eingeräumt wurden. Damit wurde eine **Erwartungshaltung** nach Zuwendungen erzeugt, die auch fortbestand, als die Branche nicht mehr den technologischen Höchststand repräsentierte.
4. Bergbau und Kohleindustrie dominierten die Wirtschaft des Landkreises Borna über mehrere Jahrzehnte. Infolge dessen häuften sich **einseitige Qualifikationen**. Etwa die Hälfte der Erwerbstätigen war in der Kohleindustrie beschäftigt. Die formale **Qualifikationsstruktur** der Beschäftigten entsprach 1989 etwa dem DDR-Durchschnitt. Der Anteil an Hoch-/Fachschulabsolventen und Facharbeitern lag sogar über dem in stark ländlich geprägten Regionen<sup>13</sup>, aber unter dem städtischer Industriestandorte. Ein Teil dieser **Facharbeiter war jedoch vom Status her angelernt**, sie hatten ihre Qualifikation in werksinternen Lehrgängen erhalten bzw. im Laufe ihrer Tätigkeit zuerkannt bekommen.
5. Die Kohleindustrie beschäftigte nach 1950 immer mehr Frauen. Das begünstigte eine Abwanderung der Frauen aus anderen Branchen und Berufen und führte dazu, daß der Anteil von **Frauen mit gewerblichen Berufen** sehr hoch war.
6. Die hohe **Bevölkerungsdichte** (236 EW/qkm) und das bis dahin bestehende Arbeitsplatzüberangebot führten nach 1989 zu einem erheblichen **Ungleichgewicht** auf dem Arbeitsmarkt.

Der gesellschaftliche Umbruch 1989/90 bewirkte im Südraum Leipzig einen wirtschaftlichen Kollaps. Durch die einseitige Ausrichtung und die starke regionale Ver-

<sup>13</sup> 1989 hatten 86,5% (von 59.250) eine abgeschlossene Berufsausbildung.

HS/FS	= 16 %	im Vgl. zur Struktur in der DDR leicht unterdurchschnittlich
Meister	= 6 %	" überdurchschnittlich
Facharbeiter	= 64 %	" überdurchschnittlich
ohne Abschluß	= 13,5 %	" durchschnittlich

flechtung der Industriebetriebe kam es zu einem flächenhaften Zusammenbruch der bestehenden Wirtschaftsstrukturen und zu einem Wirtschafts- und Beschäftigungsvakuum großen Ausmaßes. Die Anlagen der Karbochemie wurden bereits 1990 vollständig stillgelegt, bis Ende 1993 folgten fast alle Brikettfabriken. Die Rohkohleförderung sank von 60 Mio t (1989) auf ca. 20 Mio t (1992), die Brikettproduktion ging in diesem Zeitraum um 83% zurück. Bis zum Januar 1994 ging die Zahl der Beschäftigten in Bergbau und verarbeitendem Gewerbe im Kreis auf 6.400 zurück. Das entspricht 17 Prozent der Beschäftigten, die Ende 1990 in diesen Bereichen tätig waren.

Gegenwärtig ist die weitere Reduzierung von Bergbau und Kohleveredelung noch nicht abgeschlossen.

Insgesamt verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kreis Borna seit Beginn des Jahres 1992, also mit Auslaufen der Kurzarbeiter-0-Stunden Regelung nach § 263 Abs.5 des AFG, ungünstiger als im gesamten Arbeitsamtsbezirk Leipzig. Die Arbeitslosenquote lag im März 1994 für den Nebenstellenbereich Borna bei 15,7 (Hauptamt Leipzig 14,6). Durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, insbesondere von § 249h Maßnahmen, überstieg die Zahl der Arbeitslosen bisher nicht die Größenordnungen anderer Kreise. In Abhängigkeit davon, ob aus der Sanierungsgesellschaft MBS<sup>14</sup> selbständig agierende Unternehmen mit festen Arbeitsplätzen entstehen können, wird die künftige Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt beeinflußt werden.

Für den Südraum Leipzig kann bisher lediglich von einem Strukturwandel gesprochen werden, der auf der erheblichen Reduzierung der ehemals dominanten Wirtschaftsbranche beruht. Die Schaffung neuer Beschäftigungsfelder ist bisher nur im Dienstleistungssektor erfolgt. Dieses Angebot kann allerdings den Verlust an Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie bei weitem nicht kompensieren.

Obwohl die Wirtschaftsbranche „Kohle“ einen Kollaps erlitten hat und nunmehr auf wesentlich niedrigerem Niveau weiterexistiert, ist sie als Branche im sekundären Sektor weiterhin dominant. Es entstanden insgesamt keine alternativen Strukturen, insbesondere Arbeitsplätze in der Fertigungsindustrie mit lokaler Wertschöpfung. Auch unter dem Aspekt der Betriebsgröße sind die Unternehmen der Kohle-/ Ener-

---

<sup>14</sup> Mitteldeutsche Braunkohle Strukturförderungsgesellschaft

gieindustrie und der Tagebau- und Betriebsgeländesanie rung strukturbestimmend für die Region geblieben.

**Tabelle 3: Wirtschaftsstruktur des Kreises Borna nach Sektoren 1989 bis 1993  
(Anteil der Beschäftigten)**

Jahr	Landwirtsch.	Industrie	Dienstleistungen
1989	5,7	73,4	20,7
1990	4,4	71,0	24,6
1991	3,3	66,6	30,1
1993	4,0	45,9	50,1

Quellen: Für 1989: Rudolph 1990; 1990-1993: Unterlagen des Wirtschaftsamtes Borna 1994

### 3. Anpassungsstrategien an den neuen Arbeitsmarkt

#### Ausgewählte empirische Untersuchungsergebnisse <sup>15</sup>

Um die konkreten **sozialen** Vorgänge und Auswirkungen, die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbunden waren, aufdecken und erklären zu können, erwies sich die **soziologische Analyse der Belegschaft eines regionsbestimmenden Industriestandortes** als sinnvoll. Als Repräsentant der Wirtschaftsbranche Kohle/Chemie/Energie eignete sich das **Braunkohleveredlungswerk Espenhain (BVE)** besonders, da es der erste und zugleich ein strukturbestimmender Betrieb war, für den die Schließung zur Gewißheit wurde. Die öffentliche Diskussion um die Belastung der Menschen und der Umwelt durch die veraltete Technologie und die verschlissenen Anlagen beförderten in der gesellschaftlichen Krisensituation 89/90 den Stilllegungsbeschuß.

<sup>15</sup> Bezug genommen wird auf das DFG-Projekt "Arbeitsmarktentwicklung und regionale Mobilität bei Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in den neuen Bundesländern", Laufzeit 1.1.1992 bis 31.12.94, Projektmitarbeiter: Bischoff, U.; Gerdes, J.; Häußermann, H.; Heseler, H.; Kabisch, S.; Linke, S.; Löser, H.; Prassek, M.;

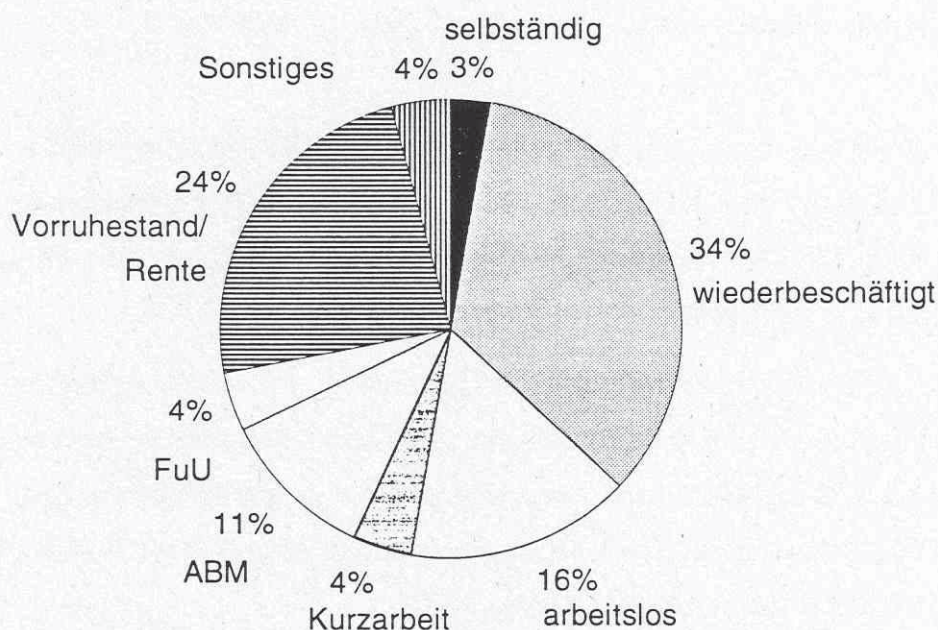
Die Beschäftigtenzahl von ca. 6.000 wurde bereits innerhalb des Jahres 1990 halbiert. Bis zum Juni 1992 waren zwei Drittel der Arbeitsplätze nicht mehr existent. Im Januar 1994 arbeiteten im Restbetrieb Espenhain<sup>16</sup> noch reichlich 10% der ursprünglichen Belegschaft.

In unseren Untersuchungsergebnissen<sup>17</sup> stellte sich der Verbleib der ehemals im BVE Beschäftigten folgendermaßen dar:

Von den Ausgeschiedenen hatte etwas mehr als ein Drittel ein neues Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt begonnen, etwa jeder Fünfte befand sich in Kurzarbeit, ABM bzw. FuU. Jeder Vierte war in den Vorruhestand oder in Rente gegangen und jeder Sechste befand sich in Arbeitslosigkeit.

**Abbildung 1: Verbleib der ehemaligen Beschäftigten des BVE**

(Januar 1994)



<sup>16</sup> Restbetrieb - Am 1.7.91 erfolgte die juristische Stillelegung des BVE. Die zur Stromerzeugung noch weiterbetriebenen Kraftwerke und eine Brikettfabrik, die diese Kraftwerke mit Kohle beliefert, wurden als Oberingenieurbereich in die Mibrag Gruppendiffektion Süd-Ost eingegliedert.

<sup>17</sup> Die Untersuchungsergebnisse basieren auf:  
 -zwei schriftlichen Befragungen 1992 und 1994  
 -mündlichen Interviews  
 -Expertengesprächen  
 -laufenden Regionalrecherchen

Die vorliegenden Forschungsergebnisse zeigen, daß bisherige **Anpassungsleistungen** der Arbeitnehmer an veränderte Wirtschaftsstrukturen ein Spektrum umfassen, das vom Branchen-, Tätigkeits- oder Berufswechsel über eine Veränderung der beruflichen Stellung oder/und Position, einen Wechsel des Arbeitsortes bis hin zur Anpassung an andere Arbeitsplatzbedingungen reicht. Diese **Anpassungsformen** mußten in der Realität oftmals **kombiniert bewältigt** werden und wurden vom Einzelnen teilweise als Verluste, teilweise aber durchaus auch als Chancen reflektiert.

Aus diesem Spektrum möglicher Anpassungen an die neuen Arbeitsmarktbedingungen werden im folgenden exemplarisch **Aspekte der Bereitschaft zur räumlichen und beruflichen Mobilität und der tatsächlichen Mobilität** behandelt. Über Jahrzehnte hinweg hatte sich mit der dauernden Abwanderung von qualifizierten Erwerbspersonen und der Zunahme der Beschäftigten in der Kohleindustrie eine den regionalen Arbeitsmarkt kennzeichnende problematische Situation herausgebildet.

Die statistische Analyse der aktuellen räumlichen Bevölkerungsbewegung für den Landkreis Borna zeigt, daß nach 1989 keine überdurchschnittlich hohe Abwanderung erfolgte. Die Bevölkerung blieb seßhaft, obwohl die wirtschaftliche Existenzgrundlage in weiten Bereichen weggebrochen war.

Die Zahl der Fortzüge verringerte sich sogar seit 1992 erheblich. Der Umfang der Zuzüge stieg, so daß der Migrationssaldo auf wesentlich niedrigerem Niveau negativ war. 1993 war die Bilanz der Fortzüge und Zuzüge ausgeglichen. Seit 1992 verursacht die natürliche Bevölkerungsbewegung, und nicht mehr die Abwanderung aus der Region den Bevölkerungsrückgang.

Die Befragungsergebnisse bestätigen die hohe **Seßhaftigkeit** der Untersuchungspopulation. Über 90% aller Befragten wollten in ihrem gegenwärtigen Wohnort bleiben. Die Einbindung in soziale Netze (Familie, Freunde, Kollegen, Familientraditionen), das Grundstückseigentum und, wenn vorhanden, der Arbeitsplatz dominierten die Seßhaftigkeit.

Unter den Gründen, die die Bindung an den Wohnort **lösen** (im Sinne von Aufweichen), belegen auch jetzt noch die spezifischen Umweltbedingungen und die landschaftliche Unattraktivität vordere Rangplätze.

Damit hat sich die von uns formulierte Hypothese zum räumlichen Mobilitätsverhalten bisher nicht bestätigt.

Die **Ursachen** für dieses relativ „immobile“ Verhalten liegen in einem Bündel regionsspezifischer, sozialer und personaler Faktoren, die einen verstärkenden Einfluß aufeinander ausüben.

1. Bereits seit ca. 30 Jahren verzeichnet die Region einen negativen Migrationssaldo, dessen absoluter Wert sich allerdings in der jüngeren Vergangenheit sukzessive verkleinert hat. Gegenwärtig scheint latentes Migrationspotential eher gering zu sein.
2. Die Qualifikation der bis jetzt verbliebenen Arbeitskräfte war stark auf den Bedarf der Braunkohleindustrie ausgerichtet. Somit sind Chancen auf einem überregionalen Arbeitsmarkt kaum vorhanden.
3. Die jahre- bis jahrzehntelange Zugehörigkeit zu einer Hochlohnbranche hat ein materielles Anspruchsniveau an eine neue Arbeitsstelle und das gesamte Umfeld befördert, welches in anderen Branchen nicht befriedigt wird. Deshalb wird der Umstieg in andere Bereiche -räumlich wie beruflich- soweit wie möglich hinausgezögert.
4. Bisher erfahrene Sonderentscheidungen hinsichtlich Sozialpaket mit finanziellen Abfindungen, Kurzarbeiter-0-Regelungen und § 249h-Regelungen bewirken eine Abwartehaltung mit „Drogeneffekt“, zumal Ankündigungen in den Medien Hoffnungen auf einen Strukturwandel verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen nähren.
5. Die Erfahrungen von „Rückkehrern“ sind i.d.R. negativ und ermutigen nicht zur räumlichen Mobilität.
6. Funktionierende soziale Netze im Wohnort und in der Umgebung werden geschätzt und für Hilfe und Unterstützung gebraucht. Durch sie werden Informationen über mögliche Chancen auf einen Arbeitsplatz transportiert.
7. Der Anteil der Haus- und Grundstücksbesitzer ist relativ hoch. Grundstücksbesitz dämpft räumliche Mobilitätsbestrebungen.

In allen Untersuchungen zur räumlichen Mobilität wird die starke Differenzierung in der Bereitschaft zu und in der Beteiligung an der regionalen Wanderung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Stellung auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Unsere bisherigen Forschungsergebnisse im Kreis Borna bestätigen die bekannten Mobilitätsmuster:

Generell nahm die Bereitschaft zur Wanderung mit zunehmendem Alter ab. Der Scheitelpunkt zwischen zunehmender und abnehmender Mobilität lag bei etwa 35 Jahren, was mit Lebenszyklus, Familienbildung und Grundstückserwerb zusammenhängt. Das bedeutet gleichzeitig, daß sich jüngere Arbeitnehmer in stärkerem Maße als ältere in den alten Bundesländern um einen neuen Arbeitsplatz bemühten.

**Frauen** zeigten insgesamt eine geringere Bereitschaft zur räumlichen Mobilität als Männer, und sie bezogen überdurchschnittlich nur die neuen Bundesländer als potentiellen Arbeitsort in die Arbeitsuche ein.

Bei Arbeitskräften, die ihren Arbeitsplatz durch Entlassung verloren hatten und arbeitslos geworden waren, wurde eine erhöhte Wanderungsbereitschaft festgestellt. Immerhin gab ein Drittel an, u.U. in die alten Bundesländer umzuziehen, und die knappe Hälfte stand einem möglichen Umzug innerhalb der neuen Bundesländer nicht völlig abgeneigt gegenüber. Obwohl die **Arbeitslosen** unserer Stichprobe eine größere Umzugsbereitschaft äußerten als diejenigen Befragten, die auf dem ersten bzw. zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt waren, verhielten sie sich bei der Arbeitsuche immobiler als die anderen Erwerbsgruppen. Sie suchten z.B. weitaus stärker in Wohnortnähe nach einem neuen Arbeitsplatz.

Wesentlichen Einfluß auf die Mobilitätsrate hat das **Qualifikationsniveau**. Mit höheren Ausbildungsabschlüssen nimmt die Wanderungsbereitschaft zu.

Auch in unseren Forschungsergebnissen zeigten Erwerbsfähige ohne Ausbildung bzw. mit Teilausbildung die geringste Bereitschaft hinsichtlich Umzug und Arbeitspendeln. Auffallend ist die relativ starke Abnahme der Bereitschaft zum Umzug bei den Un- und Angelernten zwischen 1992 und 1994.

Niedrige Qualifikation und kohlespezifisches Ausbildungsprofil korrespondieren auffallend häufig miteinander. Diese Gleichzeitigkeit stellt eine negative Voraussetzung für den „neuen“ Arbeitsmarkt dar und ist zugleich ein Kriterium, das darauf hinweist, daß die Arbeitsmarktchancen dieser Arbeitnehmer auch auf anderen regionalen Arbeitsmärkten gering sind. Insbesondere in rezessiven Wirtschaftslagen sinken aufgrund des Arbeitskräfteüberangebotes die Chancen dieser Gruppen auf einen „Jedermann“-Arbeitsplatz. Das läßt eine Abwanderung aus der Region für den Einzelnen als wenig sinnvoll erscheinen, und genau diese Beschäftigtengruppen, die zunehmend zu Problemgruppen werden können, verbleiben in der Region.

Die Abwanderungsbereitschaft der hoch Qualifizierten war dagegen im gleichen Zeitraum von 23 auf 37 Prozent angestiegen. In der Befragung 1992 signalisierten männliche Facharbeiter unter 30 Jahren mit handwerklichen Grundberufen überdurchschnittliche Bereitschaft. In der Befragung 1994 ergab sich ein direkter Zusammenhang zwischen Qualifikation und Mobilitätsverhalten. Je höher die Qualifikation war, desto höher war auch die Bereitschaft zum Abwandern. Die Hoch- und Fachschulabsolventen der mittleren Jahrgänge standen einem Wegzug aus der Region mit der geringsten Ablehnung gegenüber. Die Gründe dafür waren der bessere Verdienst in den alten Bundesländern, das dortige größere Arbeitsplatzangebot und die Perspektivlosigkeit der Region !

**Potentielle Migranten** sind demzufolge mit guter, teilweise auch in anderen Bereichen einsetzbarer Qualifikation ausgestattet. Ein Teil von ihnen könnte sich bei gleichbleibend ungünstiger Arbeitsmarktlage zur Migration entscheiden. Dies würde zu einer erneuten qualitativen Veränderung der Sozialstruktur des Kreises Borna führen. Das durchschnittliche Qualifikationsniveau sinkt weiter und wird zu einem negativen Standortfaktor. Weiterhin fehlende berufliche Perspektiven und in deren Folge ein fortdauernder Abwanderungsprozeß könnten gerade hier zu einer Erosion jenes Potentials führen, das in der politischen Diskussion immer als ein maßgebliches endogenes Potential für ein ökonomisches Wachstum bezeichnet wird: das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte.

**Haus- oder Wohnungseigentum** wird in der Regel als ein mobilitätshemmender Faktor angesehen. Der monokausale Zusammenhang ist jedoch schwer nachweisbar. Hauseigentum ist im allgemeinen erst bei den Altersgruppen ab 40 Jahren stark verbreitet, also dann, wenn beruflich bedingte Mobilität bzw. stabile Wiedereingliederung von Arbeitslosen ohnehin unwahrscheinlich geworden sind.

Unter den rezessiven Bedingungen, die den deutschen, speziell den ostdeutschen Arbeitsmarkt gegenwärtig kennzeichnen, gewinnt Hauseigentum als Bindungsfaktor auffallend an Bedeutung. So wurde in unserer Untersuchung unabhängig vom Alter von jenen, die Eigentümer waren, nur in äußerst geringem Maße die Bereitschaft zur Abwanderung signalisiert.

Neben der Bereitschaft zur räumlichen Mobilität wurde die Bereitschaft zu **beruflicher Mobilität** untersucht.



Die Ergebnisse weisen diesbezüglich folgende Differenzierungen hinsichtlich sozialer Gruppenbildung aus:

**Jüngere** (bis 30 Jahre) betrieben eine vorrangig interessen geleitete Arbeitssuche. Sie wollten die neuen beruflichen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt nutzen und gegebenenfalls noch einmal neu anfangen, wenn sie ihre beruflichen Vorstellungen auf diese Weise besser realisieren können.

**Höheres Alter** brachte verstärkt Zwänge mit sich. So mußte oftmals bereits eine Familie versorgt werden, sollte sich die Berufserfahrung stärker auszahlen oder setzte die gesundheitliche Verfassung Grenzen. Die über 40jährigen suchten vor allem in verwandten Berufen. Sie bauten stärker auf ihre beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen. Zudem war eine neue berufliche Orientierung für sie aufgrund des Alters eher unrealistisch.

**Frauen** waren in stärkerem Maße als Männer zu beruflicher Mobilität bereit. Ihre hohe Berufsorientierung auf der einen, ihre schlechten Arbeitsmarktchancen auf der anderen Seite, die Notwendigkeit zum Mit-Verdienen und ihre geringe Bereitschaft zu räumlicher Mobilität führten dazu, daß ein hoher Anteil der Frauen in allen Berufsbereichen, und nicht nur im erlernten oder in verwandten Berufen, nach einem neuen Arbeitsplatz suchte.

**Arbeiter und Angestellte** unseres Sample waren gleichermaßen zu beruflicher Mobilität bereit. Angestellte suchten jedoch neue Arbeit mehr in verwandten Berufen, Arbeiter im Unterschied dazu mehr in der ganzen Berufsbreite.

**Arbeitslose** äußerten eine größere Bereitschaft zur beruflichen Mobilität. Für Arbeitslose mit niedrigem Bildungsniveau war der Berufswechsel die häufigste Strategie, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Bei höherer Bildung wurden die Möglichkeiten zur Verbesserung der Chancen auf einen Arbeitsplatz entsprechend der persönlichen Qualifikation eher in einem Ortswechsel gesehen.

**Gering Qualifizierte** orientierten sich beruflich in der ganzen Berufsbreite, u.a. deshalb, weil sie überwiegend auf Tätigkeiten in der ehemals dominanten Kohleindustrie fixiert waren, die inzwischen nicht mehr nachgefragt wird.

**Facharbeiter** mit handwerklichen Grundberufen, also Arbeitnehmer mit mittleren Ausbildungsabschlüssen, und **hoch Qualifizierte** orientierten sich in der Arbeitssuche überwiegend auf den zuletzt ausgeübten Beruf bzw. auf verwandte Berufe.

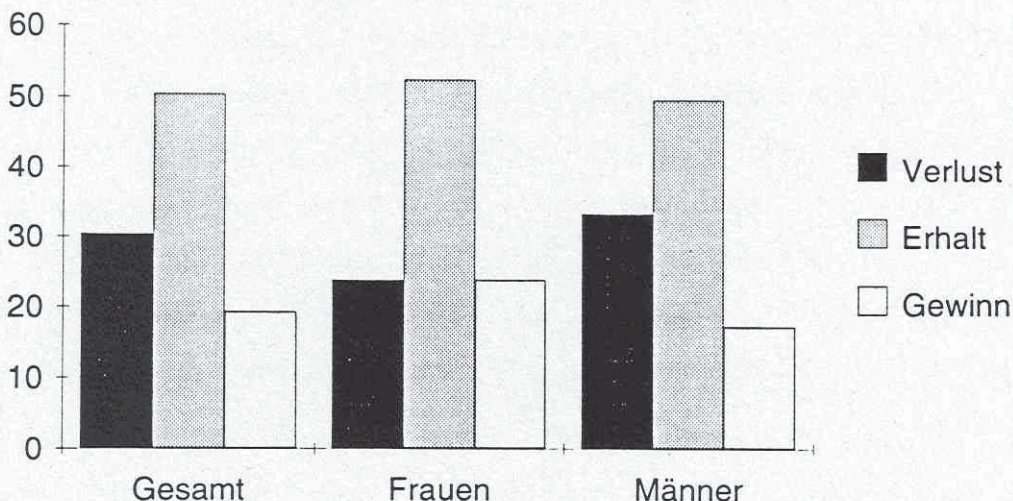
Neben der Bereitschaft zur räumlichen und beruflichen Mobilität wurde erfragt, welche **Anpassungsleistungen** die nunmehr Wiederbeschäftigten **tatsächlich** erbracht hatten, d.h. unter Aufgabe welcher Positionen und Dispositionen sie eine neue Stelle gefunden hatten.

Besonders **Frauen** waren nach der Entlassung aus dem BVE von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen betrug zwei Drittel. Gerade für die weiblichen Arbeitskräfte aus der Industrie war der Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt fast unmöglich. Eine Ursache dafür ist die ehemals hohe Frauenbeschäftigung, speziell der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Industrie, die unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen nach 1989 nicht fortgesetzt werden konnte. Als neue Berufsbereiche der wiederbeschäftigten **Frauen** dominierten Handel, Dienstleistung und Verwaltung.

Sowohl die weiblichen als auch die männlichen Wiederbeschäftigten hatten ihre neue Tätigkeit in vielen Fällen **unterhalb der beruflichen Qualifikation** und **unterhalb der ehemaligen beruflichen Position** aufgenommen.

**Abbildung 2: Veränderung der beruflichen Position bei Wiederbeschäftigung**

Januar 1994 (in Prozent)



Die im BVE ausgeübten branchenspezifischen Berufe spielten als **neue Berufe** eine untergeordnete Rolle. Der größte Anteil der Wiederbeschäftigten war in Dienstlei-

stungsberufen tätig, die somit einen Zuwachs von Berufswechslern erfahren hatten. In der Hauptsache waren dies Wechsler aus den Bergbauberufen. Aber auch andere Beschäftigtengruppen, wie Ingenieure und Laborarbeiter waren in diese Berufsbe-  
reiche gewechselt.

Die Forschungsergebnisse zeigen, daß Berufswechsel und Anpassung an veränderte Arbeitsbedingungen **am häufigsten von Frauen und Jüngeren** erbracht wurden.

In unserer Hypothese zur beruflichen Mobilität formulierten wir, daß berufliche Anpassungsleistungen aufgrund der vorliegenden Berufsstruktur und der zu verzeichnenden Entwertung dieser Berufe für die Wiederbeschäftigung eine grundlegende Voraussetzung darstellen.

Generell muß für den Landkreis Borna davon ausgegangen werden, daß bisher nur einem kleinen Teil seiner Erwerbsfähigen persönliche Bemühungen in Form von Anpassungsleistungen zu einem neuen Arbeitsplatz verhelfen konnten, weil die **Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze** in den letzten vier Jahren drastisch minimiert wurde.

Bisherige Leistungen bestanden oftmals lediglich darin, **Arbeitsmarktdefiziten auszuweichen** und Arbeitslosigkeit hinauszuzögern. So dienten beispielsweise **Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** größtenteils nur der zeitlichen Verschiebung der Arbeitslosigkeit. Ca. ein Viertel derjenigen, die im Juni 1992 in einer Qualifizierung waren, hatten diese bis zum Januar 1994 noch nicht abgeschlossen. Von den anderen, überwiegend weiblichen Erwerbsfähigen, die die Qualifizierung zwischen erster und zweiter Befragungswelle abgeschlossen hatten, befand sich nur ca. ein Drittel in einem Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die wiederbeschäftigten ehemaligen Umschüler waren überwiegend Frauen unter 30 Jahren in Büro-, kaufmännischen und Dienstleistungsberufen. Die übrigen zwei Drittel sind seitdem arbeitslos. Das bedeutet, daß sich nach der Qualifizierung für einen großen Teil keine unmittelbare berufliche Perspektive eröffnete.

Das Fehlen alternativer Beschäftigungsfelder hatte zur Folge, daß Fortbildung und Umschulung nicht auf einen bestehenden Bedarf hin ausgerichtet werden konnten. Dies erschwerte gleichzeitig den Arbeitnehmern die berufliche Neuorientierung und demotivierte die Betroffenen hinsichtlich einer Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen. Bereits hier setzte eine Lethargie ein, die sich auch im späteren Arbeitsmarktverhalten äußert.

#### 4. Fazit - der Kreis in einer Dilemmasituation ?

Gegenwärtig befindet sich der Kreis Borna in einer mehrfachen Dilemmasituation:

Das **soziale Dilemma** besteht im Gegensatz zwischen der vorhandenen Arbeitskräftestruktur und der Struktur der Arbeitsplätze. Die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, die der Region eine wirtschaftliche Perspektive bieten könnten und somit das vorhandene endogene Potential an die Region binden, braucht Zeit. Die jetzige Beschäftigungssituation und der hohe Anteil an niedrig Qualifizierten verlangen aber zur Wahrung des sozialen Friedens in der Region schnelle Entscheidungen hinsichtlich des Angebots von „Massenarbeitsplätzen“.

Während die stärkere Berücksichtigung qualitativer Momente eher die langfristigen Perspektiven der Region in den Vordergrund rückt, dient die aktuell notwendige Orientierung auf quantitative Aspekte der kurzfristigen Vermeidung offener sozialer und politischer Konflikte, was die Berücksichtigung der regional nachhaltigen Entwicklung in den Hintergrund treten läßt.

Das **ökologische Dilemma** zeigt sich in der Ambivalenz von Sanierung bzw. Revitalisierung ehemaliger Tagebaue und Betriebsflächen und in der Tolerierung neuer Umweltbelastungen durch Deponien und weitere Großtagebaue in anderen, auch landschaftlich noch intakten Teilregionen.

Das **wirtschaftliche Dilemma** besteht in dem Widerspruch zwischen dem Zusammenbruch der Kohleindustrie und der kohlebasierten Chemieindustrie und der gleichzeitigen wirtschaftlichen „Macht“, die die verbliebenen Bergbau- und Treuhandunternehmen (MIBRAG und MBV) in der Region weiterhin ausüben. Die MBV (Mitteldeutsche Bergwerksverwaltungsgesellschaft) gehört zu den größten „Großgrundbesitzern“ Europas. Ihr Diktat hinsichtlich Grundstücksverkauf entscheidet maßgeblich über die Zukunftschancen alternativer Unternehmen.

Die in der Region in großem Umfang zum Einsatz gelangten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung konnten ihren strukturfördernden Anspruch bisher nicht einlösen, weil kaum neue Geschäftsfelder (Ausgründungen) entstanden, die eine langfristige innovative Beschäftigung erwarten lassen. Die Beschäftigung in der Sanierung innerhalb von Gesellschaften auf Basis § 249h (MBS, ABS) erfordert überwiegend eine geringe Qualifikation und ist nur punktuell dafür geeignet, dem noch vorhandenen Qualifikationspotential Perspektiven zu bieten. Dennoch leisten diese Gesell-

schaften außerordentlich wertvolle und notwendige Arbeit und tragen dazu bei, das Maß an Arbeitslosigkeit in der Region zu beschränken. Von ihrer weiteren Existenz wird in entscheidenden Maße der künftige regionale Arbeitsmarkt beeinflusst.

Aus den Erfahrungen der vergangenen vier Jahre ist zu resümieren, daß nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der **Wiederaufstieg der Region** unter den benannten konkreten Ausgangsbedingungen **nur sehr langfristig** möglich sein wird.

Der fortgesetzte Braunkohlebergbau und die Verstromung vor Ort im geplanten neuen Kraftwerk Lippendorf haben insofern als (notwendiges) Auslaufmodell eine Existenzberechtigung, nicht aber als zukünftig dominierender Wirtschaftsfaktor. Vielmehr sind heute Szenarien für die Zeit „nach der Kohle“ zu entwickeln. Außerdem sind die noch vorhandenen Kohlereserven in diesem Raum zu beachten, deren mögliche Inanspruchnahme nicht völlig ausgeschlossen werden kann.

Dabei ist eine einseitige Diskussion möglicher regionaler Entwicklungspfade nicht tauglich. Ausschließlichkeitsforderungen wie entweder „Seenplatte“ oder „Müllentsorger“ sind realitätsfremd und werden das „hausgemachte“ Dilemma in der Region nicht lösen können, sondern weiter verschärfen. Der Landkreis Borna verfügt über ein Flächen- und Attraktivitätspotential, das verschiedenste Nutzungen gestattet. Freizeit- und Erholungsgebiete sind dabei ebenso realistisch wie Recyclingindustrien. Allerdings muß bei der Entsorgung ein **regionsverträgliches Maß** eingehalten werden. Die Realisierungsmöglichkeiten der anderen Entwicklungsoptionen dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Ein **differenziertes kleinräumiges Herangehen** sollte präferiert werden. Beispiele für sanierte und einer weiteren Nutzung zugeführte Tagebau-Restlöcher (z.B. Speicherbecken Borna) sind stärker in der Öffentlichkeit publik zu machen.

Noch ist das Negativ-Bild des Südraumes Leipzig vorherrschend. Die Befragten in unserer Untersuchung bewerteten anhand einer 5er-Scala die Region zwischen chancenreich für die Zukunft (1,0) und chancenlos für die Zukunft (5,0) mit dem Wert 3,2. Damit wird Skepsis signalisiert, aber keine Hoffnungslosigkeit. Um so notwendiger ist es, positive Beispiele zu fördern und diese bekannt zu machen. Die positiven Beispiele brauchen eine Lobby !

## Literatur

Berkner, Andreas 1989: Braunkohlenbergbau, Landschaftsdynamik und territoriale Folgewirkungen in der DDR. In: Petermanns Geographische Mitteilungen H. 3/1989. Gotha.

Bischoff, Ursula; Kabisch, Sigrun 1993: Regionale Entwicklungsfähigkeit des Südraumes Leipzig aus soziologischer Sicht. Einleitung. Kolloquium der Friedrich Ebert Stiftung am 28./29.01.1993. Leipzig.

Bischoff, Ursula; Kabisch, Sigrun; Linke, Sabine; Rink, Dieter 1994: Sozialstruktur-entwicklung und Kulturlandschaft des Südraumes Leipzig. Soziale Brüche und Konflikte in einer ländlichen Industrieregion. Ms. Leipzig.

Rudolph, Helmut 1990: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern. MitAB 4/90.



# UFZ-Bericht

UFZ-Bericht • UFZ-Bericht • UFZ-Bericht • UFZ-Bericht

UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Nr. 2/1994

---

## Handlungsstrategien für den Leipziger Raum - Visionen, Innovationen, Praktikabilität

---

Workshop am  
UFZ-Umweltforschungszentrum  
Leipzig-Halle GmbH  
in Zusammenarbeit mit der  
Friedrich-Ebert-Stiftung und der  
Universität Bremen  
5. und 6. Juni 1994

Redaktion: Sigrun Kabisch